

Die. Indusrolle der Arbeitsgemeinschaften

Die „gemilderten“ Wiederaufnahmebedingungen entpuppen sich als Zuchtgruppen — Arbeiter, jubelt die Gewerkschaften von verräterischen gelben Führern!

(Von unsrem nach der Wahl entsandten Mitarbeiter.)

Adulshafen, 20. Dezember.
Der Aufnahmestreit ist beendet. Hunderte von Arbeitern blieben auf der Straße. Was aber die Arbeiter in den Betrieben selbst mit in Kauf nehmen müssen, ist noch weit schwerwiegender als die Aufgabe, daß so viele Opfer zurückbleiben. Die Front der kämpfenden Arbeiter in Adulshafen fand 34 Wohnen lang unversichert, unbesichert 37 Wohnen lang die Arbeiter aus, mitten in einem Erdbebenherd von Verleumdungen und Lügen, trotzdem der führendeerrat verurteilte, die Einheit und Geschlossenheit zu wahren. Schon vor zehn Tagen glaubten die Anstiftungen auf eigene Faust den Kampf beenden zu können. Als die Anstiftungsleiter sahen, daß die streikenden Arbeiter ihrer Diktatur nicht folgten, riefen sie erneut die Gewerkschaftsführer, damit diese das Wort vollziehen, das den Aufnahmestreit allein nicht gelöst war. Und die Gewerkschaftsführer haben die Anstiftungen nicht entäußert. Der Arbeiter gegenüber verhielten sie, die Dinge so darzustellen, als ob die Verhandlungen mit den Industriellen den Zweck hätten, die von uns veröffentlichten Wiederaufnahmebedingungen zu mildern. Der Vergleich der Bedingungen bei Wählung des Kampfes zeigt aber, daß diese nicht gemildert, sondern wesentlich verschärft wurden. Die zuerst von uns veröffentlichten Wiederaufnahmebedingungen enthalten nur zwei Punkte, welche die Arbeiter nicht annehmen die weit verschärften sind 21 Bedingungen enthalten. Einer der schlimmsten Paragraphen sind 13, der die Verpolzung betrifft. Dieser Paragraph lautet:

„Die Angehörigen des Betriebsausschusses treten nach näherer Anweisung der Geschäftsleitung der Betriebsanstalt (Meistern usw.) untertänig und ergänzend zur Seite. Ihren dienstlichen Anweisungen ist in gleicher Weise Folge zu leisten wie denjenigen in Übung ihres Dienstes kaiserliche Durchsuchungen für erforderlich halten, darf diesen kein Widerstand entgegengebracht werden.“

Diese Bestimmungen verändern die Anstiftung in ein Zuchthaus!

In Bezug auf Arbeitszeit und Entlohnung ist eine weit weitestgehende Verschärfung eingetreten. Es lautet der § 10:

„Wer in ihm gemäß den Bestimmungen der Abgabe 2 des Abkommens vom 20. Oktober 1920 übertragene Arbeit verrichtet, wird § 10.5 entlassen.“

Das sind nur zwei Punkte, die wir herausgreifen, aber schon diese Tatsachen beweisen, daß die Verhandlungen der Gewerkschaft mit den Industriellen nicht eine Wiederrück der Bedingungen, sondern eine weitestgehende Verschärfung herbeiführen haben. Während des ganzen Aufnahmestreites zeigte es sich noch häufiger, daß die Gewerkschaftsführer mit den Industriellen vollkommen Hand in Hand gehen. Das, was den Industriellen aus eigener Kraft durchzusetzen nicht möglich war, haben die Gewerkschaftsführer erreicht. Sie standen von vornherein bereit im Lager der Anstiftungen, sie haben es nicht abgesehen, den Streik auszuweiten und sich auf die Seite der streikenden Arbeiter zu stellen. Ja, sie haben es abgesehen, selbst mit den eigenen Verbänden, die Zentralfreistellung, mit ihnen gemeinschaftliche Störungen abzugeben, wurde auf das entscheidende abgesehen. Von der ersten Stunde an aber haben sie mit den Industriellen zusammen an einem Tisch, um mit ihnen gemeinschaftlich die Bedingungen auszuarbeiten, unter denen sie die Arbeiter ins Etappenjoch zwingen. Hierbei zeigte es sich ganz deutlich:

Die Gewerkschaftsführer und die Anstiftungen hatten dasselbe Ziel, dieselbe Absicht.

Dieses Ziel ist: Das Selbst- und Mitbestimmungsrecht der Ar-

beiter muß in den Betrieben gebrochen werden. Die deutsche Bourgeoisie und die Sozialdemokraten wollen ihr Regierungsprogramm durchsetzen: Mehr Arbeit, erhöhte Ausbeutung, Verleistung des Wohlstandes, erhöhter Profit!

So wird die Anstiftung der Gewerkschaftsführer das gleiche was, so waren auch die Mittel, die zur Unterwerfung der Arbeiterkraft angewendet wurden, die gleichen. Durch Ausbeutung sollten die Arbeiter gefügig gemacht werden!

Zuerst verweigerten die Gewerkschaftsbureautanten die Auszahlung der Kampfgelder, die die Arbeiter in jahrelangen Entbehrungen durch Willkürbeiträge in den Gewerkschaften aufgebracht haben. Und als das fallenheimliche Verhalten in uns vergeltend Solidarität, eine intensive Sammelaktion begann, laborierten die Gewerkschaftsführer im ganzen Reich diese Sammelaktion und machten die lebhafteste Propaganda dagegen. An widerständiger Heuchelei sprechen sich diese gleichen Gewerkschaftsbureautanten dabei, daß sie die Bedingungen der Anstiftungswelt nur unterirdischen hätten, um die Not und das Elend der „armen bunsden Arbeiterkassen“ zu heben. Das ist die höchste Verhöhnung und Verpöschung der um ihren Sieg gestellten Streikenden.

Aber alle diese Verrätereiern weigern sich gegen das, was am Ende des Kampfes geschah. Die Zentralfreistellung und die Selbstverleumdung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute hatten die Absicht, den Kampf mit der gleichen Geschlossenheit und Einmütigkeit abzuschließen, wie er begonnen wurde. Das wäre ein Leichtes gewesen, wenn die Gewerkschaften bei der Freistellung nicht nur kurze Frist, und die Anstiftungen wären eingeweiht gewesen, nachzugeben. Die Zentralfreistellung hatte bis zur letzten Stunde alles unternommen, um die Einheitsfront der Bewegung zu wahren, so daß, wenn die Arbeiter selbst unter ungünstigen Bedingungen wieder in den Betrieb zurückkehrten, sie doch so fest und geeint waren, daß die Absicht der Unternehmer nicht vollkommen auszuföhren gewesen wären. Zu diesem Zwecke berief die Zentralfreistellung auf Dienstag nachmittag eine Versammlung aller Streikenden ein, in der sie zur Lage Stellung nehmen sollten. Für Donnerstag war die Versammlung geplant, bei der jeder Streikende in geheimer Abstimmung über die Durchführung des Streiks abstimmen entscheiden konnte. Die Gewerkschaftsführer wollten es anders. Die Streikenden mußten gestatten und so einzeln der Unternehmerwillkür ausgeliefert werden. Diese Rolle spielten die Deutschen Metallarbeiterverbände zu. Erreichte das Ziel durch die bereits gefestigte „Abstimmung“, die plötzlich in einer Frist von zwei Tagen abzuwickeln wurde, als sich die Arbeiter in Adulshafen Metallarbeiter in der Streikversammlung befanden und nicht mit abstimmen konnte. So führte man sich von vornherein ein „Beschluß zur Wiederaufnahme der Arbeit“. Ohne ein Abstimmungsresultat bekanntzugeben, wurde in die Welt hinausposaunt, daß die Metallarbeiter mit großer Mehrheit beschlossen haben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dies enthielt sich natürlich nicht. Alle anderen Verbände beriefen sich nurmehr auf die Metallarbeiter.

Das übrige ist Zuchtrot und Peitsche der Unternehmer. Die Anstiftungen verstanden, wer sofort die Arbeit wieder aufnahm, erhielt die Nachzahlung für November in Höhe von 2500 Mt. und einen beliebig großen Vorkauf für die Weihnachtseinkaufe. Wer sich aber nicht zur Arbeit beugte, gilt als vollkommen entlassen. Der Termin für diese Versprechungen und Drohungen war bereits einmal auslos von den Anstiftungen für den 13. Dezember festgesetzt. Jetzt wurde er auf den 20. Dezember verschoben. Das, was den Streik scheitern ließ, war einzig und allein der niederträchtigen Verrat der Gewerkschaftsführer, die Organisierung des Streikrotzes durch den Metallarbeiterverband.

Nun blieb der Zentralfreistellung nichts anderes übrig, als selbst zum Wiederrück des Kampfes aufzurufen. Sie konnte nicht dulden, daß die besten und tapfersten Kollegen auf der Straße bleiben. Aus diesem Grunde berief die Zentralfreistellung den Streik selbst ab zu einem neuen Anlauf, sich dem Streik zu schließen. Das ist gegen das stolze Unternehmertum, aber auch zum Kampf gegen die Verräter in den Reihen der deutschen Arbeiterbewegung.

Proletariat!

Im Kande mit der Gewerkschaftsbürokratie haben die Anstiftungskapitalisten über die heftigsten kämpfenden Arbeiter einen Erfolg daoogetragen.

Der Streik ist abgebrochen worden. Aber darum können die Familien der Streikenden auf weitere Unterstützung nicht verzichten. Die Not ist groß. Es muß noch viel, noch sehr viel geholfen werden.

Führt darum die Sammlungen weiter, energisch, mit Eifer! Sammelt, damit den Kindern der Streikenden, den Opfern der arbeitseigenen Gewerkschaftsbürokratie zu Weihnachten eine Freude bereitet werden kann.

Gedenkt kündigt der Heiden von Adulshafen! Heilt, sammelt Gelder!

„Schutz der Republik“ (Eigener Bericht)

In seiner letzten öffentlichen Sitzung im vorigen Jahre verhandelte der Staatsgerichtshof erst gegen den General der Commerzbank Landbusch, dieser in Publicis, der in einer öffentlichen Versammlung im Juni von der Schieberpartei und der Regierung als Schieberjude gepörscht hatte. Er erhielt 10 Tage Gefängnis und 10 000 Mt. Geldstrafe.

Wegen Verschlimpfung und Verächtlichmachung der früheren Minister Schönbauer und Müller in einer deutschen Nationalen Versammlung in Neuchâtel wurde gegen den Landwirt Dr. Henning von Hof aus Neuchâtel verhandelt. Da einige Zeugen behaupteten, er habe lachend und nicht beleidigend gesprochen, kam der Staatsgerichtshof zu einem Freispruch. Die Rollen trägt die Reichsliste.

Ueber eine Behörde der mecklenburgischen Landesregierung gegen die Aufhebung (1) eines „Wohnungsverbot“ gegen den Arbeiter für landwirtschaftliche Berufsverbände (2) (Name für Arbeitsgemeinschaft) konnte sich der hohe Gerichtshof bis jetzt nicht beschließen.

Anerkennung für die SPD.

Eine Nachrichtenstelle, die von der Reichspressen gern benutzt wird, beschäftigt sich mit der wachsenden Unruhe unter den Eisenbahnarbeitern. Die beherrschenden Nachrichten kamen in der Hauptsache von den Direktionsbezirken Passau, München und Weiden. Dazu wird dann bemerkt (wie zitiert nach der „Kreuzzeitung“ Nr. 569):

„Von kommunistischer Seite wird diese Bewegung noch durch besonders rege Agitation angefaßt, was schon aus der Tatsache hervorgeht, daß in der letzten Zeit zahlreiche Versammlungen der kommunistischen Eisenbahner einberufen worden sind, die sich mit dem Gedanken der letzten Teuerungssaktion befassen und unter Androhung der Kampfmaßnahmen eine Herabsetzung der Bezüge verlangen.“

Der Dollar heute vormittag 6800 Mark

Es wird hier also bestätigt, daß nur die Kommunisten die Eisenbahner in ihrem Kampf um ein Existenzminimum unterstützen. Es wird bestätigt, daß die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbureautanten kein Interesse haben für die Not der Eisenbahner. Wenn es sich um die Wahrnehmung proletarischer Interessen handelt, dann ist es immer nur die Kommunisten, die ihre Pflicht tun. Von der Befestigung dieser Tatsache durch die Reichspressen nehmen wir mit einer gewissen Befriedigung Kenntnis, müssen jedoch aber festhalten, daß unsere Parteimitglieder noch nicht überall die erforderliche Aktivität aufbringen. Die Anregung durch die Reichspressen wird hoffentlich bald beitragen, unsere Genossen überall in die ersten Reihen des kämpfenden Proletariats zu stellen.

Demonstration der Breslauer Eisenbahner

Am Sonabendmittag 12 Uhr legten die Belegschaften sämtlicher Eisenbahnerstationen in Breslau die Arbeit nieder und zogen geschlossen in das Gebäude der dortigen Reichsadministration. Die kommunistische Partei der Regierung, die Eisenbahner, die Eisenbahner auf der Straße und brachte den geistlosen Kampfeswillen dieser von den Gewerkschaftsbureautanten vertretenen Arbeiterkraft zum Ausdruck.

Kommunisten zu Tode geföhrt

Paris, 19. Dezember.

Das Mitteland wird gemeldet, daß Mussolini bei seiner Rückkehr aus London sich sehr über die Kundgebungen beklagt hat, die die Gegner des Faschismus in seiner Abwesenheit vorantrieben haben. Es wurden daraufhin in Florenz Sammlungen zur Unterstützung der Schicksale der Faschisten, die sich überaus aus Anlaß ergingend gemeldet, daß bei den getriebenen heftigen, blutigen Kämpfen zwischen Kommunisten und Faschisten die Leitung der faschistischen Partei, die gesamte Mobilisierung der Schwärzenden von Anin angeordnet hat und die kommunistische Arbeiterschaft in Anlaß und in Brand setzen ließ. Das Haus wurde im Laufe der Nacht vollständig zerstört. In Verlaufe von weiteren Schlägereien wurden der kommunistische Abgeordnete Bagaglia sowie der Stadtrat Baratta getötet. Die Faschisten haben sich mit Waffengewalt mehrerer Kommunisten bemächtigt, die sie verprügelten und solange misshandelten, bis sie starben. In einer Straße von Anin wurden fünf Kommunisten durch die Faschisten getötet. In Anin sind bisher sieben Todesopfer der Faschisten gemeldet worden.

Werkzeigmattressen. Die Metallgesellschaft der Ralimerte Werkzeigmattressen erhöht ihre Aktienkapital um 30 Millionen Mark. Der Aufsichtsratsvorsitzende begründete die Kapitalerhöhung mit finanziellen Schwierigkeiten, die sich besonders aus der tiefen Preissteigerung für Eisenrohstoffe ergeben. Man habe nur eine Milliarde Mark für Eisenrohstoffe ausgeben müssen. Man könne Eisenrohstoffe nur noch im Ausland kaufen; der Inlandspreis habe die Weltmarktpreise erheblich überbieten.

Weiterhin. Unberührt von dem Rückgang des Dollarkurs legen die Anstiftungskapitalisten die Freie Hand. Der Verband der Anstiftungskapitalisten hat die Freie Hand der Eisenbahner in New York den Dollar auf 5000 Mt. herunterdrückt, die Preise aller Erzeugnisse um 50 Prozent. Um 50 Prozent letzten auch die Besonderen Steingutfabrikanten die Preise in die Höhe. Die bayrischen Kriegerinvaliden erhielten den Teuerungsausgleich sogar von 650 auf 1500 Prozent. Die dem Verband der Deutschen Metallarbeiter angehörige Fabrikation „Feld“ hat den Preis für die Kupferbleche erneut um 12 000 bis 13 000 Prozent nach oben.

freie besorgen haben, für die gesamte deutsche Arbeiterkraft überhaupt, gilt es, aus den Forderungen die notwendigen Lehren zu ziehen. Trotz des Gefährdes der gesamten menschlichen Rasse werden sich derartige Kämpfe wiederholen. Es gilt daher, den ungeborenen, unüberwindlichen Gegenstand, der zwischen der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und der Gewerkschaftsbürokratie unüberwindbar besteht, als logische Folge der Arbeitsgemeinschaftspolitik nachzuweisen. Es gilt, gerade jetzt den schärfsten und radikalsten Kampf aufzunehmen für die Eroderung dieser Gewerkschaften, für die Erfüllung dieses radikalen Kampfes mit revolutionären Mitteln. Dies gilt das, was die revolutionären Arbeiter auf dem Betriebsratskongress auf ihre Fahnen geschrieben: „Kampfbereitschaft ist bei, der jetzt auf Grund des schärfsten Verhältnisses der Gewerkschaftsbürokratie die Verbände verläßt. Revolutionär ist bei, der seine ganze Kraft einsetzt für die Befreiung der Antierdamer Gewerkschaftsbürokratie.“

Deshalb von Anbeginn des Streiks feststand, daß die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsbürokraten den Streik mit allen Mitteln bekämpfen würden, verdient es doch festgehalten zu werden, daß der „Vorwärts“ vom 20. November 1922 über die Aufhebung der drei Betriebsräte folgendes schrieb: „Doch so wenig sympathisch uns dieser Betriebsrat gegenüber auch war, müssen wir schon sagen, daß es nicht Sache der Unternehmer ist, darüber zu bestimmen, zu welchem Zeitpunkt die Arbeiterkraft oder ein Teil derselben Delegierte entgegen oder gar darüber, ob sie überhaupt entgegenwärtig und irgendwohin einige Vertreter schickt. Die Maßregelung ist jedenfalls ungesetzlich und unberechtigt.“

Diese Ausführung verhinderte allerdings den ganzen sozialdemokratischen Proletariat und den ganzen Trotz der Arbeiterpresse in der Provinz nicht, schon am nächsten Tage den Streik ausdrücklich als eine gegen den Willen der Gewerkschaften in Szene geleitete „kommunistische Mache“ hinzustellen.

Nachträge zum Dollartraum

Berlin, 20. Dezember.

Der Samant von der Morau-Gesellschaft erklärte: „Mir liegen den deutschen Beschäftigten eine Anleihe ist unmöglich, weil geringfügig das amerikanische Publikum nicht daran denken würde, Schulden zu kaufen. Wir könnten dem investierenden Publikum Schulden auf eine solche Anleihe ausgebenlich nicht empfehlen.“

Der „Times“ erinnert beim Pläne eines amerikanischen Warenkredit auf die guten Seiten nach dem Rückfall, als die politischen Angelegenheiten der Bundesstaaten eine gute Willkür-Gesetzgebung geföhrt haben und fragt, ob jetzt nicht eine ähnliche „Wohlstandssituation“ gegen deutsche Fälle, oder eventuell gegen andere angeboten wurde?

„New York Herald“ erklärt, daß die französische Regierung eine wirtschaftliche Überfahrt über die Ausbeutung des Ruhrgebietes vorbereite, und daß man hoffe, bevor das am 2. Januar zu übergeben, daß die französischen Pläne die einzige Lösung des Reparationsproblems darstellen.

Ein Gang der Bonzen zu Cuno

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 21. Dezember.

Wie die „F. A. M.“ hören, hat der Reichsminister an den Abgeordneten Deutschen Gewerkschaftsbund, den Deutschen Gewerkschaftsbund, den Gewerkschaften, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den Deutschen Gewerkschaftsbund Einladungen zu einer Aussprache ergoht lassen.

Der Wunsch des „Vorwärts“ ist erfüllt: die Führer der freien Gewerkschaften und Angehörigenverbände sind zu Cuno berufen. Sie bekommen wieder einmal Gelegenheit, zu zeigen, ob sie mit der rein bürokratischen Regierung, der Regierung des Stimmensprotokolls und der bürokratischen Regierung, zusammenarbeiten oder ihr entgegenzutreten wollen. Die Ministerialen freien Angehörigen können der Regierung ebenfalls ihren Willen aufbringen mit den höchsten Kapitalisten im Stimmenskongress. Es gilt nur, diesen Willen zur Geltung zu bringen. Die Arbeiterkraft muß von den Gewerkschaftsführern öffentliche Rechenschaft verlangen über die Teilnahme in denen über ihre Haut, ihr Leben und Sterben verhandelt wird.

Die polnische Präsidentenwahl

Danzig, 20. Dezember.

Aum Staatspräsidenten wurde der Gesamtkandidat der vereinigten Linksparteien, der Londoner Gelehrte Stanislaus Wojcieszowski (Wojcieszowski) mit 296 gegen 227 Stimmen, die auf den Kandidaten der rechten Parteien entfielen, gewählt.

Der neue Staatspräsident, ebenso wie der ermordete Marzowski der eigenen Geföhlichkeit der Sozialistischen Parteien Willkür an. Auch er nahm früher an der Arbeiterbewegung teil und war Redakteur des „Robotnik“. Im verfassunggebenden Seim war er Abgeordneter der Linkspartei.

Wie nach der heutigen Sitzung der Nationalversammlung General Sier der Sozialisten erklärte, hätten die Abgeordneten der Linken: „Wann müßt Du den neuen Präsidenten anerkennen?“

Die Polnische Sozialistische Partei (PSP) veranlaßt einen Aufruf an die Arbeiterklasse Polens, in dem unter anderem gelehrt wird: „Arbeiter und Bürger, es ist notwendig, daß ihr sofortig eintrittet für die Verteidigung des Staates und der Konstitution und eine Abwehraktion erwidert, die im Laufe ist, im Kampf um die Unabhängigkeit des Staates und seine „demokratische Form“ auszusprechen.“

Gang wie bei uns nach dem Rathenau-Morde. In Danzig wird zu gleicher Zeit der Massenprotest gegen Kommunisten fortgesetzt und Soller läuft frei herum.

Das Ende eines Schwindels über „Kommunistische Gewalttätigkeiten“

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 21. Dezember.

Gestern fanden von dem Landgericht 11 Verhandlungen statt gegen Arbeiter, die bei den bekannten Vorgängen vor der Reichsliste beteiligt waren. Der Gerichtsprotokolle behandelte die Sache als „zufällige Ereignisse“ und „Aufführungen“. Als der Vorsitzende ab das politische Gebiet hinterließ, lehnte der Angeklagte ab und meinte, das Gebiet nicht zur Sache. Anschließend wollte er unter allen Umständen vermeiden, daß die politischen Zusammenhänge der Demonstration der Reichsliste und die Beziehungen ihrer Geheimorganisationen aufgedeckt werden.

Der eine Angeklagte wurde freigesprochen, bei einem anderen Angeklagten wurden vier Monate Gefängnis beantragt. In der Sache, angeblich, weil sie nicht genügend geföhrt ist. Die Angeklagten wurden sofort aus dem Haft entlassen.

Durch diesen kläglichen Ausgang des Prozesses, der dem völligen Zusammenbruch der Anklage gleichkommt, ist der lehrerzeitige noch langer Hand vorbereitete „Kommunistische Gewalttätigkeiten“ vor dem „Fiskus“ und aus gerichtlicher Sicht gemacht worden.

